

1 **Antrag 1: Bildung für die Zukunft**

2 Antragsteller: Unterbezirksvorstand

3 Adressat: Bezirkskonferenz, Unterbezirksparteitag

5 **Analyse**

6 **Zum Bildungsbegriff**

7 Bildung kann sich nicht damit begnügen, sich in idealistischer Weise um das Schöne, Wahre
8 und Gute zu kümmern; sie muss die Realität mit einbeziehen. Zu dieser Realität gehört, dass
9 Wissenschaft und Technologie sich in solch rasantem Tempo entwickeln, dass der Überblick
10 über alle Neuerungen verloren geht. Das immer schnellere Wachstum von Wissen und seine
11 weltweite Verfügbarkeit infolge neuer Technologien bringen kaum abschätzbare Chancen für
12 persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Einer ständigen
13 Konfrontation mit allen möglichen Informationen steht eine inzwischen vollkommen
14 überforderte geistige Urteilsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber.

15 Im Verständnis der Jusos weist der Begriff der Bildung notwendigerweise politische
16 Dimensionen und moralische Wertvorstellungen auf. Bildung und Qualifikation zielen immer
17 auf Entwicklung der Persönlichkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und
18 Beschäftigungsfähigkeit. Diese drei Zieldimensionen lassen sich nicht voneinander trennen,
19 auch wenn Bildung und Qualifikation traditionell in einem Spannungsverhältnis zueinander
20 stehen und in der bildungspolitischen Diskussion nicht selten gegeneinander gestellt werden.
21 Die Auffassung, wonach Bildung auf die Entwicklung der Persönlichkeit ziele, Qualifikation
22 hingegen nur auf ökonomische Verwertung, wird jedoch der Realität von Bildungsprozessen
23 nicht gerecht. Bildung zielt vielmehr im umfassenden Sinne auf ein Leben in einer
24 menschenwürdigen Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung zur aktiven Teilhabe am kulturellen
25 Reichtum und begründet zugleich die Identität des Einzelnen wie der Gesellschaft.

26 Die Gesellschaft der Zukunft braucht keine eindimensionale Eliteauslese, sondern eine breite
27 und für die verschiedensten Interessen und Anforderungen aufgefächerte Förderung.
28 Fachkompetenz setzt solides inhaltliches Wissen voraus. Zur Fachkompetenz gehört aber
29 gleichermaßen die Fähigkeit zur Anwendung dieses Wissens; dieser Aspekt muss stärkeres
30 Gewicht in Lehre und Unterricht erhalten. Es wird in der Zukunft weniger um das Wissen
31 über einen Sachverhalt gehen, sondern die entscheidende Frage wird sein, was wir mit dem
32 Wissen in sozial und ökologisch verantwortlicher Weise machen. Eine Gesellschaft, die auf
33 den Grundsätzen Gerechtigkeit und Demokratie, Partizipation und Sozialstaatlichkeit,
34 Solidarität und Humanität beruht, muss diese Grundsätze auch im Bildungswesen zur
35 Geltung bringen.

36 **Die Bundesrepublik – längst kein Spitzenplatz**

37 Eine differenzierende Bildungspolitik muss mehr Menschen Fachausbildungen wie die
38 Hochschul- und Fachhochschulreife ermöglichen. Spitzenländer haben Abiturquoten von
39 79% und mehr je Jahrgang. Die Bundesrepublik liegt mit 34% auf dem 23. Platz von 26
40 Vergleichsländern der OECD.

41 Im Bildungssystem bestimmen Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern
42 nachwievor den Zugang zu Bildung. Seit Anfang der 80er Jahre ist vor allem die soziale
43 Absicherung für die junge Generation massiv ins Wanken geraten, mit den entsprechenden
44 Auswirkungen für das Bildungssystem. Chancengleichheit ist durch diese Politik massiv
45 zurückgedrängt worden, sodass heute in vier Gruppen in der Bundesrepublik noch
46 erhebliche Bildungspotenziale unerschlossen geblieben sind:

- 47 - Bei den Fachangestellten und FacharbeiterInnen trennen immer noch durch kulturelle
48 Schranken von den höheren Bildungsmilieus.
- 49 - In stadtfernen Regionen leben heute mehr als 50% der Bevölkerung, ihre dynamischen
50 Potenziale sind groß, aber werden sehr ungleich gefördert.

51 - Die jungen Frauen haben zwar eine höherer Abiturquote als die jungen Männer, und
52 heute sind eine Million mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt als 1970. Dass ihre Chancen
53 im Erwerbsleben sind immer noch geringer sind, ist eine Quelle hoher Unzufriedenheit mit
54 der Politik.

55 - Bei den jungen Zuwanderern liegt die Abiturquote bei wenig über 10%.

56 Ein strukturelles Problem der gesellschaftlichen Ungleichheiten liegt in der Unterfinanzierung
57 der Bildung durch die öffentliche Hand. Der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für
58 Bildung und Ausbildung am Bruttoinlandsprodukt liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Wenig
59 verwunderlich ist es somit, dass der momentane Zustand, mit dem Jugendlichen in
60 (Hoch-)Schulen und Betrieben konfrontiert werden, nicht immer den gesellschaftlichen
61 Anforderungen entspricht. Der Vorschlag, diesen Missstand durch private Finanzierung der
62 Bildung zu beheben, ist grundsätzlich abzulehnen. Eine Bildung, die abhängig vom
63 Geldbeutel des Bürgers ist, führt zur sozialen Benachteiligung und Spaltung der Gesellschaft
64 in arm und reich, wissend und unwissend.

65 **Die aktuelle Diskussion**

66 Die aktuelle bildungspolitische Diskussion ist dadurch gekennzeichnet, dass es nicht
67 hinreichend gelingt, das Spannungsverhältnis von Qualifizierung und Bildung, von
68 Beschäftigungsfähigkeit und Emanzipation in konkreten Projekten aufzulösen. Das Bildungs-
69 system darf nicht nur für die Verwertung von Arbeitskraft im Wirtschaftsprozess qualifizieren.
70 Es geht um die Herausbildung von emanzipierten und selbstbewussten Persönlichkeiten.
71 Nur wenn das öffentliche Bildungssystem mit dem technischen, wirtschaftlichen und ge-
72 sellschaftlichen Modernisierungsprozess Schritt hält, kann es auch Einfluss auf die
73 Gestaltung dieses Prozesses nehmen.

74 Die Notwendigkeit der Aneignung so genannter „Schlüsselkompetenzen“ ist seit vielen
75 Jahren ebenso Gegenstand der berufsbildungspolitischen Diskussion, wie die Betonung der
76 Notwendigkeit eines „lebensbegleitenden Lernens“ und die daraus resultierenden
77 Reformbedarfe der Qualifizierungspolitik. Erwartet wird von ArbeitnehmerInnen ein hoher
78 Grad an Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Solidarität. Die gestellten erweiterten
79 Anforderungen an fachliche und überfachliche Qualifikationen erfordern ein neues Verhältnis
80 von Erfahrungs- und Wissensqualifikation, von sozialer Qualifikation und Fachqualifikation,
81 von betrieblicher Erstausbildung und Weiterbildung und den Aufbau einer vorausschauenden
82 potenzialorientierten Qualifizierungspolitik sowie die Verbindung von verstärkt externer
83 Rekrutierung und ausgedehnter Einarbeitung.

84

85 Für die Jusos ergeben sich damit allgemeine Leitsätze:

- 86 • Allgemein zugängliche Bildung ist wesentlicher Bestandteil einer sozialstaatlich
87 orientierten Demokratie.
- 88 • Bildung trägt dazu bei, dass Menschen die volle Entfaltung der eigenen Person und die
89 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der politischen Entwicklung verwirklichen
90 können.
- 91 • Bildung und Ausbildung müssen als Vorgang gesellschaftlicher und individueller
92 Emanzipation betrachtet werden - und nicht primär als ökonomischer Standortfaktor!
- 93 • Bildungsfinanzierung muss als gesellschaftliche Aufgabe grundsätzlich Verpflichtung des
94 Staates sein.

95

96 **Reformprojekte**

97 **Schulreform**

98 Chancengleichheit ist das entscheidende Merkmal eines demokratischen Bildungssystems.
99 Ein hohes Maß an Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems ist hierfür eine
100 Voraussetzung. JedeR muss in die Lage versetzt werden einen Schulabschluss - und zwar
101 den jeweils höchst möglichen - zu erreichen.

102 Eine differenzierende Förderung ist nur möglich, wenn die Jugendlichen nicht zu früh durch
103 ein mehrgliedriges Schulsystem voneinander getrennt werden. Fähigkeiten entwickeln sich
104 langsam und am besten in einem Milieu, das die Kinder und Jugendlichen nicht voneinander
105 isoliert, sondern möglichst über das sechste Schuljahr hinaus zusammenlässt. Gerade das
106 Ziel, die Hochschul- und Fachhochschulreife an die höheren Standards modernerer Länder
107 anzugleichen, ist nicht zu erreichen, wenn sich erst entwickelnde Fähigkeiten zu früh
108 ausgegrenzt werden. In zwölf europäischen Ländern gibt es eine gemeinsame Schulzeit für
109 alle Kinder über die Klassenstufe 6 hinaus, in weiteren vier Ländern sind es mindestens
110 sechs gemeinsame Jahre.

111 Internationalen Vergleichsstudien belegen, dass eine frühe Auslese keineswegs zu besseren
112 Leistungen führt. Der Blick auf andere Länder in Europa macht deutlich, dass eher eine
113 Entwicklung zu einer längeren gemeinsamen Schulzeit sinnvoll wäre.

114 Das möglichst lange gemeinsame Lernen unter einem Schuldach ist somit von
115 grundlegender Bedeutung. In den Schulen erleben und erfahren Kinder und Jugendliche,
116 dass es unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen gibt, die für die Lösung von
117 Aufgabenstellungen wichtig sind. Es wird gelernt, dass es SchülerInnen gibt, die gezielte
118 Hilfen benötigen und SchülerInnen, die "stärker" sind. Es können Erfahrungen gemacht
119 werden, die zu verantwortungsvollem und solidarischem Verhalten ermutigen und das
120 zukünftige Leben prägen. Ein demokratisches Bildungssystem, das Bildung als eine
121 Bildung für alle Menschen auffasst, es sie in einem umfassenden Sinn befähigt, ihr Leben in
122 einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft selbstverantwortlich,
123 verantwortungsbewusst und solidarisch führen zu können steht in Widerspruch zu
124 Entwicklungen, mit denen Schulen stärker zum Übungsfeld für Konkurrenz gemacht werden
125 sollen. Schule muss Lernort sein und nicht der Vorhof des globalen Kapitalismus.

126 Aus Bildungs- und Sozialpolitischer Sicht ist die Ganztagschule die geeignete Form, in der
127 sichergestellt wird, dass Jugendliche die Freiräume zur Ausbildung von Fähigkeiten erhalten
128 Veränderte Erwerbsbiografien haben in letzter Zeit den Wunsch nach einer Ausweitung von
129 ganztägigen Schulangeboten steigen lassen.

130 Heutiges schulisches Lernen muss durch offenen Unterricht, gemeinsame inhaltliche
131 Planung und selbstbestimmte Projekte ergänzt werden. Der traditionelle schubladenartige
132 Fächerkanon in 45 minütigen Lerneinheiten entspricht nicht mehr an den Anforderungen an
133 moderne Arbeits- und Lebensweise.

134 Eine Qualitätsoffensive ist auf allen Ebenen des Schulwesens dringend erforderlich. Die
135 Qualitätsentwicklung darf sich aber keinesfalls auf die Einzelschule beschränken und schon
136 gar nicht nur am "Output" gemessen werden. Die Qualität der Schulen zeigt sich vor allem in
137 den Lernprozessen und Lernzuwächsen und nicht allein im Erreichen vorgegebener
138 Standards.

139

140 Die Jusos fordern:

- 141 • eine gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen, wie sie die Integrierte
142 Gesamtschule mit ihrem integrativen Charakters bietet.
- 143 • zukünftig die ganztägige und kostenfreie pädagogische Betreuung von SchülerInnen für
144 alle Schulformen zu ermöglichen.
- 145 • eine weitreichende Ausstattung von Ganztagschulen, die eine pädagogische Einheit von
146 Unterricht und ergänzenden Bildungsangeboten leistet. Dabei muss auch eine
147 gemeinsame pädagogische Plattform mit Kooperationspartnern (Trägern der Freien

148 Jugendhilfe, Sportvereinen, sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen) für
149 Nachmittagsangebote sichergestellt werden.

150 • eine Öffnung der Schulen zur Arbeits- und Lebenswelt der Umgebung. Kooperation mit
151 Trägern der Jugendarbeit und Jugendverbänden sowie berufsorientierenden
152 Einrichtungen verbunden mit einer stärker projektorientierten Unterrichtsform sind hierzu
153 geeignet.

154 • eine materielle Absicherung von schulischer Ausbildung, um eine Konzentration auf
155 Bildung möglich zu machen.

156

157 **Berufliche Bildung**

158 Neben der Schule ist eine qualifizierte Ausbildung das zweite Standbein, von der
159 Zukunftsperspektiven abhängen. JedeR JugendlicheR soll die Chance haben, einen
160 Arbeitsplatz zu erhalten und die Arbeitswelt mitzugestalten. Deshalb müssen sie gut und
161 breit ausgebildet werden: im Betrieb und in der Berufsschule.

162 Nach wie vor stellt die Jugendarbeitslosigkeit ein großes Problem dar. Während die
163 Jugendarbeitslosigkeit im Westen im letzten Jahr um 3% gesunken ist, ist sie im Osten sogar
164 um 4% gestiegen. Insgesamt sind 450.000 Jugendliche ohne Job, davon 167.000 in
165 Ostdeutschland.

166 Im letzten Jahr 2000 haben 97% der Ausbildungsplatzsuchenden in den alten Ländern und
167 94% in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhalten. Besonders benachteiligt,
168 Jugendliche aus Hauptschulen oder ohne Schulabschluss. Ende 2000 haben die noch
169 unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber (14.000) zu 50% einen Hauptschulabschluss oder
170 gar keinen Schulabschluss vorzuweisen. Damit ist das selbst gesteckte Ziel des „Bündnis für
171 Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz
172 zu versorgen, nicht erreicht worden. Wenn man berücksichtigt, dass viele Jugendliche die
173 Suche nach einem Ausbildungsplatz aufgeben, dürften die Werte noch geringer sein. Von
174 einem regional auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen (d.h. die Zahl an
175 Ausbildungsplätzen in der Region übersteigt die Zahl der BewerberInnen um 12,5%) sind wir
176 weit entfernt.

177 Vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands sowie strukturschwachen bzw. vom
178 Strukturwandel betroffenen Regionen im Westen haben wir eine erhebliche Lücke zwischen
179 der Nachfrage und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Mit dem JUMP-
180 Programm der Bundesregierung wurde ein über bereits bestehenden Maßnahmen hinaus
181 gehender Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geschaffen. In den Jahren
182 1999 und 2000 wurden rund 270.000 Jugendliche gefördert. Allerdings ist es nur gelungen,
183 ein Fünftel der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Charakter von
184 JumP ist es, gleiche Chancen durch Ausbesserung von Qualifikationsdefiziten zu schaffen,
185 nicht neue Arbeitsplätze. Das Programm setzt nur an bestehenden Arbeitsmarktstrukturen
186 an und versucht darauf aufzubauen.

187 Mit zahlreichen Maßnahmen zur Schaffung von (zu großen Teilen öffentlich finanzierten)
188 Ausbildungsmaßnahmen hat sich das Problem zunehmend auf die so genannte „Zweite
189 Schwelle“ verschoben. Es ist noch einiges zu tun, um allen Jugendlichen ein auswahlfähiges
190 Angebot an Ausbildungsplätzen und eine Berufsperspektive zu garantieren. Insgesamt gilt,
191 dass von ausbildungsberechtigten 44% aller Betriebe nur die Hälfte ausbildet. Diese Lücke
192 wird nach wie vor durch ein hohes Maß an öffentlich geförderten Maßnahmen gefüllt. Mit
193 anderen Worten: zunehmend finanziert der Staat die Aufgaben der Wirtschaft.

194 Das Duale System ermöglicht die Verbindung von Theorie und Praxis und garantiert den
195 Erwerbstätigen eine überbetriebliche Verwertbarkeit ihrer Qualifikationen. Am Beispiel der IT-
196 Berufe zeigt sich, dass das Duale System auch für die „neue Arbeitswelt“ geeignet ist, jedoch
197 die neuen Berufe oftmals quer zu den bisherigen Berufsbildern liegen. Zukünftige

198 Neuordnungsprozesse werden dem Rechnung tragen müssen. In den modernen
199 Dienstleistungsbereichen wird die Schaffung neuer Berufe erforderlich bleiben.

200 Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, Arbeits- und Geschäftsprozesse zu
201 durchschauen, zu begleiten und zu gestalten. Dazu brauchen sie Team- und
202 Kommunikationsfähigkeit und sollten mindestens eine Fremdsprache beherrschen. Hier kann
203 das Duale System einen guten Beitrag leisten, es muss jedoch eine inhaltliche und
204 personelle Verzahnung der allgemeinbildenden Schulen und der Berufsschule bzw. der
205 außerbetrieblichen Werkstätten stattfinden.

206

207 **Die Jusos fordern**

208 • ein solidarisches Bildungssystem, in dem über eine gesetzliche Umlagefinanzierung (wer
209 nicht ausbildet, muss zahlen) bundesweit eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätze
210 sichergestellt wird. Hierbei gilt: Unternehmen, die überdurchschnittlich und gut ausbilden,
211 müssen belohnt, während solche, die sich der Verantwortung in der Ausbildungsfrage
212 entbinden, künftig zur Kasse gebeten

213 • dass das JUMP-Programm auch über das Jahr 2003 hinaus fortgesetzt und verstetigt
214 wird. Mittelfristig sollen die guten Ansätze des JUMP-Programms in ein reformiertes SGB
215 III integriert werden. werden.

216 • dass die Berufsbildenden Schulen für das neue Jahrtausend fit gemacht werden.
217 Zukunftweisende Technologien müssen Einzug halten und das Lehrpersonal muss gut
218 und ausreichend aus- und fortgebildet werden. Personalentwicklung darf dabei kein
219 Fremdwort mehr sein.

220 **Die Reform der Hochschule**

221 Hochschulen bilden einen wichtigen Eckpfeiler des Bildungswesens. Sie sind nicht nur
222 Forschungsstätten, sondern funktionieren auch als Berufsausbildungsstätte für eine
223 steigende Anzahl junger Menschen. Am Beispiel des Zugangs hierzu zeigt sich, wie
224 Zukunftschancen ungleich verteilt sind. Noch immer sind Kinder aus ärmeren, sogenannten
225 bildungsfernen Schichten an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Während 72 %
226 aller Kinder aus hoher sozialer Herkunft ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es nur 8 %
227 aller Kinder aus einer niedrigen Herkunftsschicht. Dabei sind ärmere Kinder natürlich
228 keineswegs dümmer. Ihnen fehlen bestimmte Voraussetzungen, in dem Maße an
229 weiterführender Bildung teilzunehmen, wie es Kinder aus besser verdienenden Haushalten
230 können. Jedoch ist aus vielerlei Gründen eine Ausweitung des Hochschulzugangs geboten
231 und der Bedarf an mehr Studierenden wird von unterschiedlichsten Seiten immer wieder
232 gefordert. Dies eröffnet gesellschaftliche und individuelle Zukunftschancen. Die Hochschulen
233 sollen ein Ort sein, an dem in gesellschaftlicher Verantwortung und für die Zukunftsfähigkeit
234 der Gesellschaft geforscht wird. Dies ist angesichts drängender Zukunftsprobleme dringend
235 geboten, die wissenschaftliche Lösungsansätze erfordern (Arbeitslosigkeit,
236 Umweltverschmutzung, Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft etc.).

237 Die Finanzierung der Hochschulen hat mit der Ausweitung ihrer Aufgaben nicht Schritt
238 gehalten. Diese Unterfinanzierung muss abgebaut werden, damit die Hochschulen ihren
239 Bildungsauftrag angemessen erfüllen können. Die auch nur teilweise Abwälzung der
240 finanziellen Ausstattung auf die Studierenden selber behindert die Bildungsbeteiligung. Sie
241 wirkt selbst bei Staffelung als Ausgrenzungs- und Abschreckungsmechanismus vor allem für
242 bildungsferne Schichten.

243 Der Staat zieht sich unter dem Argument, Autonomie der Hochschulen zu steigern, aus
244 vielen Angelegenheiten der Hochschulen zurück. Hierin kann durchaus eine Chance liegen.
245 Allerdings sind Bildungsinstitutionen nicht unabhängig von kapitalistischen Macht- und
246 Herrschaftsstrukturen. Extensiver Wettbewerb sowie Managementstrukturen an den
247 Hochschulen führen eher zu Verdrängung, Sparzwängen oder Selektion statt zu mehr
248 gesellschaftlicher Verantwortung. Politik muss daher die Möglichkeit behalten ein regulatives

249 Primat zu nutzen, daher müssen Entscheidungen von grundlegender Bedeutung weiterhin
250 durch die politisch Verantwortlichen getroffen werden.

251 Dies ist umso wichtiger, da nur so Hochschulen, ihrem aus gewerkschaftlicher Sicht
252 wichtigen Beitrag zu einer weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der
253 Arbeitnehmer - auch unter Berücksichtigung regionaler Probleme - leisten können und nicht
254 nur den kurzfristigen Verwertungsinteressen der Kapitalseite dienen.

255

256 Die Jusos fordern:

257 • Den Ausbau des Hochschulzugangs, inklusive der Abschaffung von Numeri Clausi sowie
258 sonstige Zugangsbeschränkungen abzubauen. Das Abitur muss nicht die einzige
259 Zugangsvoraussetzung sein. Eine Berufsausbildung mit mehrjähriger Berufserfahrung
260 kann denselben Zweck erfüllen.

261 • Von der Erhebung von Studiengebühren abzusehen, gleich welcher Form, welcher Höhe
262 und welcher Ausgestaltung. Sie sind unsozial. Die bisherigen Erfahrungen mit
263 Studiengebühren haben gezeigt, dass ihre Einführung zu einem Rückgang der Stu-
264 dierendenzahlen führt, also genau das Gegenteil von dem bewirkt, was gesellschaftlich
265 notwendig ist. Wir fordern auch die Abschaffung von sogenannten
266 Verwaltungskostenbeiträgen oder Rückmeldegebühren.

267 • Verbleib der Hochschulen in staatlicher Verantwortung bei Sicherstellung eines
268 Höchstmaßes interner Autonomie

269

270 **Weiterbildung stärken!**

271 Die Weiterbildung hat inzwischen zum größten Bildungsbereich entwickelt, dennoch gibt es
272 eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem allseits betonten Bedeutungszuwachs und der
273 Realität in der Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung ist nach wie vor weit davon
274 entfernt, ein gleichberechtigter vierter Teil des Bildungswesens zu sein. Ein entscheidendes
275 Versäumnis der letzten 20 Jahre liegt darin, dass die öffentliche Verantwortung für die
276 Weiterbildung nicht ausgebaut wurde. Das gegenwärtige Weiterbildungssystem und seine
277 Ausgestaltung begünstigen ohnehin privilegierte Bildungsschichten und erschweren jenen
278 Gruppen der Bevölkerung den Zugang, deren Benachteiligungen im Bildungssystem
279 ausgeglichen werden müssten.

280 Erwachsenenbildung als lebensbegleitendes Lernen ist "kulturelles Kapital" für den
281 Einzelnen. Dies gilt mehr denn je vor dem Hintergrund des rapiden politischen, sozialen und
282 technischen Wandels. Erwachsenenbildung trägt zur Sicherung der Demokratie bei,
283 allerdings ist bei Angeboten zur politischer Bildung ein rückläufiges Angebot und Interesse
284 festzustellen.

285 In keinem anderen Bildungsbereich ist der Professionalisierungsgrad so gering und die
286 Situation des Personals so dereguliert und schlecht wie in der Weiterbildung. Der weit
287 überwiegende Teil des Lehrbetriebs wird von auf Honorarbasis tätigen Mitarbeiterinnen und
288 Mitarbeitern getragen. Fehlende Fortbildungsmöglichkeiten, Fristverträge, niedrige und
289 stagnierende Honorare, fehlende soziale Absicherung, also insgesamt prekäre
290 Arbeitsverhältnisse führen tendenziell zu Qualitätsverlusten in der Erwachsenenbildung.

291 Der 2. Bildungsweg ist ein Kernbereich für Durchlässigkeit und mehr Chancengerechtigkeit
292 in der Bildung. Die Förderung, besonders der Kurse zum nachträglichen Erwerb des
293 Hauptschulabschlusses, ist sozial- und bildungspolitisch geboten. Aber hier sind auch die
294 tarifpolitischen und sozialrechtlichen Bedingungen für das Lehrpersonal besonders schlecht.
295 Das Entgeltniveau für das Lehrpersonal stagniert, wegen der Mittelkürzungen des Landes,
296 schon seit Jahren. Dies führt inzwischen dazu, dass zunehmend Lehrkräfte in den
297 Schulbereich abwandern, der mittlerweile wieder Lehrpersonal nachfragt.

298 Aber nicht nur der Zugang zur Erwachsenenbildung wird durch die staatliche Sparpolitik der
299 letzten Jahre eingeschränkt, auch die Strukturen der Weiterbildung selbst sind negativ
300 betroffen:

301

302 Die Jusos fordern:

- 303 • die verlässliche Bereitstellung von finanziellen Ressourcen, die den anerkannten
304 Weiterbildungsträgern einen ausreichenden Planungshorizont eröffnet
- 305 • staatliche Bildungspolitik auf, ein zusammenhängendes Erwachsenenbildungskonzept zu
306 entwickeln, in dem der Bereich der schulischen Bildung mit der Erwachsenenbildung
307 verkoppelt ist. In der Weiterbildung selbst sollten die Bereiche der politischen,
308 allgemeinen, beruflichen, aber auch betrieblichen Weiterbildung stärker miteinander
309 verzahnt werden, um Transparenz und Durchlässigkeit zu fördern.
- 310 • verstärkt und kontinuierlich Mittel für die Politischer Bildung aufzuwenden.
- 311 • eine Flexibilisierung des Bildungsurlaubsanspruchs im Sinne eines Bildungszeitkontos,
312 der auch eine stundenweise bezahlte Freistellung von der Arbeit für Bildungszwecke
313 zulässt, um u.a. die betrieblichen Schwellen zur Nutzung des Anspruchs zu senken.

314

315 **Beteiligung und Demokratisierung**

316 Die Orte, an denen sich Bildung vollzieht, sind vielfach mit nur geringen
317 Mitwirkungsmöglichkeiten für diejenigen versehen, die es betrifft. SchülerInnen in Schulen,
318 Studierende in Hochschulen, Auszubildende sowohl in außerbetrieblichen als auch in
319 etlichen betrieblichen Ausbildungswerkstätten sind an der Gestaltung ihres Bildungsumfeldes
320 zwar vielfach beteiligt, jedoch nicht im gewünschten und im erforderlichen Maße.

321 Im Bereich der Hochschulen wird im Zusammenhang mit neuen Leitungsstrukturen versucht,
322 diese Beteiligung noch weiter zurückzuschrauben und statt dessen externe Gremien auf die
323 Gestaltung der Bildung Einfluss nehmen zu lassen. Vielfach soll hierdurch ein direkter
324 Einfluss von Seiten der Unternehmer gestärkt werden. An Gewerkschaften oder die
325 Lernwilligen selber wird dabei in aller Regel nicht gedacht.

326

327 Die Jusos fordern:

- 328 • die Einführung einer Drittelparität in den Konferenzen der Schulen (LehrerInnen, Eltern,
329 SchülerInnen)
- 330 • die Möglichkeit, Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu bilden, auch in Betrieben, in
331 denen kein Betriebsrat besteht.
- 332 • die legislativen Gremien der Universitäten (Senat, Fachbereichsrat etc.) gegenüber den
333 Exekutivorganen (DekanInnen, RektorInnen/PräsidentInnen) entgegen dem
334 gegenwärtigen Trend zu stärken. Eine Professionalisierung der GremienvertreterInnen
335 (Qualifizierungsmaßnahmen, Aufwandsentschädigungen) muss vorangetrieben werden.
- 336 • Die flächendeckende Festschreibung einer verfassten Studierendenschaft im
337 Hochschulrahmengesetz.

338

339 **Rückt die Kohle raus! Reichtum umverteilen -Ausbildungsförderung für alle**

340 Der Reichtum wird in der BRD sicherlich nicht geringer - aber er ist immer ungerechter
341 verteilt. Dies heißt jedoch nicht, dass der Staat aktuell beliebig viele Mittel zur Verfügung hat,
342 die er für Sozialleistungen und Bildung ausgeben kann, denn die öffentlichen Haushalte sind
343 massiv verschuldet, mit der Folge, dass Zinszahlungen an die Geldvermögensbesitzer fließen

344 und eine Umverteilung zugunsten ohnehin schon privilegierter Schichten erfolgen. Eine
345 Ausweitung der Staatsverschuldung zur Finanzierung von Sozialleistungen wäre auf die
346 mittlere Frist verteilungspolitisch nicht hinnehmbar. Wir brauchen stattdessen eine
347 grundlegende Neuorientierung der Verteilungspolitik.

348 Ein wichtiger Bereich, in den mehr Mittel fließen müssen als bislang, ist die Bildung. Ziel
349 einer solidarischen Bildungspolitik muss es sein, (Hochschul-)Bildung von einem Privileg für
350 wenige zu einem Recht für alle zu machen. Die Reform des BAföG hat zu einer deutlichen
351 Erweiterung des Kreises der Geförderten führen wird und die Gesamtdarlehensbelastung auf
352 maximal 20.000 DM begrenzt.

353 Allerdings hat die SPD vor der Bundestagswahl das Versprechen einer Strukturreform der
354 Ausbildungsförderung formuliert. Grundlage war das sogenannte Drei-Körbe-Modell, das
355 allen Studierenden eine elternunabhängige Ausbildungsförderung auf Basis der
356 Transferleistungen des Familienlastenausgleichs (v.a. Kindergeld) garantieren sollte.

357 Auf der anderen Seite nimmt der gesellschaftliche Reichtum weiter zu. Der Reichtum wird in
358 Deutschland immer ungleicher verteilt. So besitzen ein Zehntel der westdeutschen Haushalte
359 42 % des gesamten Privatvermögens während 50 % der Bundesbürger lediglich mit 4,5 %
360 des Privatvermögens auskommen muss. Pro Jahr werden 400 Mrd. DM von einer Generation
361 an die nächste weitergeben. Auch über diesen massiven Transfer von „leistungslosem
362 Vermögen“ vererben sich ungleiche Chancen in hohem Maße.

363 Vergegenwärtigt man sich die immer weiter auseinanderklaffende Verteilung des Vermögens
364 in der Bundesrepublik, so wird deutlich, daß über die Vererbung von Vermögen
365 gesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert werden. Ein Teil der jungen und mittleren
366 Generation wird ohne eigenes Verdienst und ohne eigene Leistung bevorteilt -
367 Chancengleichheit verkommt so zur Farce. Wer wirklich gleiche Startchancen für jede
368 Generation und jeden einzelnen Menschen will, muss Maßnahmen ergreifen, die verhindern,
369 dass Nachteile und Vorteile der Eltern auf ihre Nachkommen übertragen werden.

370 Nach wie vor jedoch ist die Erbschaftssteuer in Deutschland unverschämt gering. Die
371 Einnahmen daraus betragen gerade einmal 5,8 Mrd. DM in 2000 und 5,5 Mrd. in diesem
372 Jahr, was unterhalb der Einnahmen aus Branntwein- und Kaffeesteuer, die dem Fiskus
373 zusammengenommen 6,3 Mrd. DM einbringen. Beim Kaffee mit Schuss kassiert der Staat
374 demnach mehr ab, als bei der Weitergabe von Reichtum.

375 Die Jusos fordern:

- 376 • Wer sich in Ausbildung befindet, soll einen finanziellen Betrag zur Verfügung haben, der
377 ihm unabhängig von den Eltern bedarfsorientiert zur Verfügung stellt. Im dualen
378 Ausbildungssystem kann dies über die Ausbildungsvergütungen sichergestellt werden.
379 Wir fordern die Tarifkommissionen der Gewerkschaften auf, den in vielen Ausbildungen
380 faktisch bestehenden Lohnstopp zu beenden. Für SchülerInnen und Studierende muss
381 dies über eine steuerfinanzierte Ausbildungsfinanzierung erfolgen.
- 382 • jede zehnte vererbte Mark für die Modernisierung des Bildungssystems und die
383 Bereitsstellung einer angemessenen Ausbildungsförderung aufzuwenden.

384

384 **Antrag 2: Schule reformieren – Bildungszugänge erweitern**

385 Antragsteller: Unterbezirksvorstand

386 Adressat: Bezirkskonferenz

387

388

389

390

391

392

393

„Die Bundesregierung wird sich von der Erkenntnis leiten lassen, dass der zentrale Auftrag des Grundgesetzes, allen Bürgern gleiche Chancen zu geben, noch nicht annähernd erfüllt wurde. Die Bildungsplanung muss entscheidend dazu beitragen, die soziale Demokratie zu verwirklichen.“

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

Die Ergebnisse von PISA und der Evaluation der Orientierungsstufe legen es an den Tag: die Aktualität des vorgenannten Satzes von Willy Brandt aus der Regierungserklärung der sozialliberalen Bundesregierung von 1969 ist ungebrochen. Das Bildungssystem insgesamt, das Schulsystem im Besonderen, muss hierauf reagieren. Während Länder wie Schweden oder Finnland mit egalitären Schulsystemen nicht nur gute Ergebnisse beim internationalen PISA-Gutachten erreicht haben, sondern es hier gelingt, die Bildungspotenziale aller zu aktivieren und durch Bildung soziale Aufstiegschancen zu eröffnen, hat das auf spätféudalistisches ständisches Denken basierende, undurchlässige, dreigliedrige Schulsystem miserable Ergebnisse produziert und eine soziale Kluft zwischen sozialen Schichten entlang der Qualifizierungsfrage verstärkt.

405

406

407

408

409

410

411

Chancengleichheit ist und bleibt für SozialdemokratInnen das entscheidende Merkmal eines demokratischen Bildungssystems, nicht zuletzt deshalb lehnen wir auch Studiengebühren oder Schulgeld entschieden ab. JedeR – unabhängig von sozialer Herkunft und Geschlecht – muss in die Lage versetzt werden einen Schulabschluss - und zwar den jeweils höchst möglichen - zu erreichen. Entsprechend müssen auch die nun anstehenden Reformen ausgerichtet werden.

412

Unerschlossene Ressourcen

413

414

415

416

Eine differenzierende Bildungspolitik muss mehr Menschen Fachausbildungen wie die Hochschul- und Fachhochschulreife ermöglichen. Spitzenländer haben hier Abiturquoten von 79% und mehr je Jahrgang. Die Bundesrepublik liegt mit 34% auf dem 23. Platz von 26 Vergleichsländern der OECD.

417

418

419

420

421

422

Im Bildungssystem bestimmen Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern nachwievor den Zugang zu Bildung. Seit Anfang der 80er Jahre ist vor allem die soziale Absicherung für die junge Generation massiv ins Wanken geraten, mit den entsprechenden Auswirkungen für das Bildungssystem. Chancengleichheit ist durch diese Politik massiv zurückgedrängt worden, sodass heute in vier Gruppen in der Bundesrepublik noch erhebliche Bildungspotenziale unerschlossen geblieben sind:

423

424

- Bei den Fachangestellten und FacharbeiterInnen trennen immer noch durch kulturelle Schranken von den höheren Bildungsmilieus.

425

426

- In stadtfernen Regionen leben heute mehr als 50% der Bevölkerung, ihre dynamischen Potenziale sind groß, aber werden sehr ungleich gefördert.

427

428

429

430

- Die jungen Frauen haben zwar eine höherer Abiturquote als die jungen Männer, und heute sind eine Million mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt als 1970. Dass ihre Chancen im Erwerbsleben sind immer noch geringer sind, ist eine Quelle hoher Unzufriedenheit mit der Politik.

431

- Bei den jungen Zuwanderern liegt die Abiturquote bei wenig über 10%.

432

433

434

435

436

Im Verständnis der SPD weist der Begriff der Bildung notwendigerweise politische Dimensionen und moralische Wertvorstellungen auf. Bildung und Qualifikation zielen immer auf Entwicklung der Persönlichkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und Beschäftigungsfähigkeit. Diese drei Zieldimensionen lassen sich nicht voneinander trennen, auch wenn Bildung und Qualifikation traditionell in einem Spannungsverhältnis zueinander

437 stehen und in der bildungspolitischen Diskussion nicht selten gegeneinander gestellt werden.
438 Die Auffassung, wonach Bildung auf die Entwicklung der Persönlichkeit ziele, Qualifikation
439 hingegen nur auf ökonomische Verwertung, wird jedoch der Realität von Bildungsprozessen
440 nicht gerecht. Bildung zielt vielmehr im umfassende Sinne auf ein Leben in einer
441 menschenwürdigen Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung zur aktiven Teilhabe am kulturellen
442 Reichtum und begründet zugleich die Identität des Einzelnen wie der Gesellschaft.

443 Die Gesellschaft der Zukunft braucht keine eindimensionale Eliteauslese, sondern eine breite
444 und für die verschiedensten Interessen und Anforderungen aufgefächerte Förderung.
445 Fachkompetenz setzt solides inhaltliches Wissen voraus. Zur Fachkompetenz gehört aber
446 gleichermaßen die Fähigkeit zur Anwendung dieses Wissens; dieser Aspekt muss stärkeres
447 Gewicht in Lehre und Unterricht erhalten. Es wird in der Zukunft weniger um das Wissen
448 über einen Sachverhalt gehen, sondern die entscheidende Frage wird sein, was wir mit dem
449 Wissen in sozial und ökologisch verantwortlicher Weise machen. Gerade hierin zeigte das
450 PISA-Gutachten mangelnde Qualifikationen bei deutschen SchülerInnen auf.

451 **Strukturelle Probleme**

452 Ein strukturelles Problem der gesellschaftlichen Ungleichheiten liegt in der Unterfinanzierung
453 der Bildung durch die öffentliche Hand. Der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für
454 Bildung und Ausbildung am Bruttoinlandsprodukt liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Wenig
455 verwunderlich ist es somit, dass der momentane Zustand, mit dem Jugendlichen in
456 (Hoch-)Schulen und Betrieben konfrontiert werden, nicht immer den gesellschaftlichen
457 Anforderungen entspricht. Der Vorschlag, diesen Missstand durch private Finanzierung der
458 Bildung zu beheben, ist grundsätzlich abzulehnen. Eine Bildung, die abhängig vom
459 Geldbeutel des Bürgers ist, führt zur sozialen Benachteiligung und Spaltung der Gesellschaft
460 in arm und reich, wissend und unwissend.

461 Dennoch zeigt gerade der Vergleich von PISA auf, dass mit materiellem Einsatz alleine noch
462 keine qualitativ zeitgemäße Bildung gewährleistet ist. Vielmehr kommt es auf den sinnvollen
463 Einsatz von Ressourcen an. Es kommt also nicht nur auf ein Mehr an Geld an, sondern vor
464 allem auf ein sinnvolles Einsetzen.

465

466 **Die Schulstrukturen**

467 Schulstrukturen sind kein Wert an sich. Sowohl eine flexible Schulstruktur wie auch die
468 angemessene Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsversorgung, qualifiziertem
469 pädagogischen Personal, Medien (Büchern, Internetanschlüssen in allen Klassenzimmern
470 usw.) sind notwendige Voraussetzungen für die Qualität von Schule.

471

472 Doch wir sind uns bewusst, dass das allein nicht ausreicht: Schulstrukturen können
473 individuelle Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche eröffnen. Durch Schulstrukturen
474 können pädagogische Handlungsspielräume aufgetan werden. Die Struktur eines
475 Schulsystems hat unmittelbare Auswirkungen darauf,

- 476 - ob und wann individuelle Schullaufbahnentscheidungen gefällt werden,
- 477 - wie die Lerngruppen zusammengesetzt sind und damit auch darauf, welchen
478 Stellenwert das soziale Lernen und die Erziehung zur Selbständigkeit hat,
- 479 - wie das Lehrangebot für einzelne Schultypen aussieht,
- 480 - wie die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer gestaltet werden muss,
- 481 - wie eine Schule in die Stadt oder Gemeinde integriert wird und sich dem
482 sozialen und kulturellen Leben dort öffnet, und
- 483 - welches Bildungsangebot ein kommunaler Schulträger gewährleisten kann
484 bzw. muss.

485

486 In Niedersachsen bietet sich mit der Schulreform eine besondere Chance der zügigen
487 Umsetzung struktureller und qualitativer Reformen zur Verwirklichung dieses Zieles. Das
488 Gutachten des DIPF zeigt in der Analyse einige Mängel des niedersächsischen Modells auf.
489 Diese resultieren insbesondere aus den Schwächen des dreigliedrigen Schulsystems,
490 welches im Anschluss an die OS folgt. Die Kritik an der OS ist eine mehr oder weniger offene

491 Kritik an einem System früher Selektion und Auslese. Gerade das Ziel, die Hochschul- und
492 Fachhochschulreife an die höheren Standards modernerer Länder anzugleichen, ist nicht zu
493 erreichen, wenn sich erst entwickelnde Fähigkeiten zu früh ausgegrenzt werden. In zwölf
494 europäischen Ländern gibt es eine gemeinsame Schulzeit für alle Kinder über die
495 Klassenstufe 6 hinaus, in weiteren vier Ländern sind es mindestens sechs gemeinsame
496 Jahre.

497 Dabei sind gerade diejenigen Länder, in denen Gesamtschulmodelle dominieren, klar besser
498 sowohl in Bezug auf Leistung als auch auf soziale Integration. Das PISA-Gutachten und
499 andere internationalen Vergleichsstudien belegen, dass eine frühe Auslese keineswegs zu
500 besseren Leistungen führt. Der Blick auf andere Länder in Europa macht deutlich, dass eher
501 eine Entwicklung zu einer längeren gemeinsamen Schulzeit sinnvoll wäre.

502 Die Schulreform 2002 bietet eine große Chance für die Weiterentwicklung des
503 niedersächsischen Schulwesens. Sozialdemokratische Bildungspolitik sollte sich an einem
504 europäischen Best-Practice orientieren. Aus dem internationalen Vergleich folgt, dass die
505 tatsächliche Erhöhung der Abiturquote in Niedersachsen und die Verbesserung der
506 Chancengleichheit bei Qualitätssteigerung nur mit einem durchlässigeren und flexibleren
507 Schulsystem möglich ist. Nur eine vorausschauende Reform der Schulstruktur ermöglicht,
508 dass Schülerinnen und Schüler wohnortnah optimal individuell gefördert werden können.
509 Verfrühte Schullaufbahnentscheidungen dagegen würden Zukunftschancen SchülerInnen
510 und Schülern verbauen.

511 Eine differenzierende Förderung ist nur möglich, wenn die Jugendlichen nicht zu früh durch
512 ein mehrgliedriges Schulsystem voneinander getrennt werden. Fähigkeiten entwickeln sich
513 langsam und am besten in einem Milieu, das die Kinder und Jugendlichen nicht voneinander
514 isoliert, sondern möglichst über das sechste Schuljahr hinaus zusammenlässt.

515 Das möglichst lange gemeinsame Lernen unter einem Schuldach ist somit von
516 grundlegender Bedeutung. In den Schulen erleben und erfahren Kinder und Jugendliche,
517 dass es unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen gibt, die für die Lösung von
518 Aufgabenstellungen wichtig sind. Es wird gelernt, dass es SchülerInnen gibt, die gezielte
519 Hilfen benötigen und SchülerInnen, die "stärker" sind. Es können Erfahrungen gemacht
520 werden, die zu verantwortungsvollem und solidarischem Verhalten ermutigen und das
521 zukünftige Leben prägen. Ein demokratisches Bildungssystem, das Bildung als eine
522 Bildung für alle Menschen auffasst, es sie in einem umfassenden Sinn befähigt, ihr Leben in
523 einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft selbstverantwortlich,
524 verantwortungsbewusst und solidarisch führen zu können steht in Widerspruch zu
525 Entwicklungen, mit denen Schulen stärker zum Übungsfeld für Konkurrenz gemacht werden
526 sollen. Schule muss Lernort sein und nicht der Vorhof des globalen Kapitalismus.

527 Aus Bildungs- und Sozialpolitischer Sicht ist die Ganztagschule die geeignete Form, in der
528 sichergestellt wird, dass Jugendliche die Freiräume zur Ausbildung von Fähigkeiten erhalten
529 Veränderte Erwerbsbiografien haben in letzter Zeit den Wunsch nach einer Ausweitung von
530 ganztägigen Schulangeboten steigen lassen.

531 Heutiges schulisches Lernen muss durch offenen Unterricht, gemeinsame inhaltliche
532 Planung und selbstbestimmte Projekte ergänzt werden. Der traditionelle schubladenartige
533 Fächerkanon in 45 minütigen Lerneinheiten entspricht nicht mehr an den Anforderungen an
534 moderne Arbeits- und Lebensweise.

535 Eine Qualitätsoffensive ist auf allen Ebenen des Schulwesens dringend erforderlich. Die
536 Qualitätsentwicklung darf sich aber keinesfalls auf die Einzelschule beschränken und schon
537 gar nicht nur am "Output" gemessen werden. Die Qualität der Schulen zeigt sich vor allem in
538 den Lernprozessen und Lernzuwächsen und nicht allein im Erreichen vorgegebener
539 Standards.

540 **Ceterum Censur**

541 Die Jusos fordern:

- 542 • eine gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen, wie sie die Integrierte
543 Gesamtschule mit ihrem integrativen Charakters bietet. Eine schrittweise, planvolle und
544 koordinierte landesweite Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule als einzige
545 Regelschule bis zur 10. Klasse ist dazu zu erarbeiten und mit den Schulträgern
546 umzusetzen.
- 547 Für den Übergang wird die Struktur wie folgt aussehen: Die Jahrgänge 5 und 6 werden
548 vom Schulträger künftig an Schulzentren (bestehend aus Hauptschule, Realschule und
549 Gymnasialangebot) oder Gesamtschulen geführt. Die Anbindung, d. h. die
550 organisatorische Angliederung an eine weiterführende Schule zu einer schulrechtlichen
551 Einheit mit einer Schulleitung wird auch dann vorgenommen, wenn eine räumliche
552 Zusammenlegung der Förderstufe mit den weiterführenden Schulformen aufgrund der
553 lokalen Voraussetzungen des Schulträgers zur Zeit nicht möglich ist. Hilfsweise soll eine
554 Anbindung der 5. Und 6. Klasse auch an der Grundschule möglich sein.
- 555 Die gymnasiale Oberstufe wird von den Gesamtschulen bzw. Gymnasien entkoppelt und
556 als eigenständige dreijährige Schulform der Sekundarstufe II geführt.
- 557 • die Beibehaltung der 13jährigen Schulzeit. Eine individuellen Option der Verkürzung auf
558 12 Jahre soll ermöglicht werden. Die niedersächsischen Gesamtschulen und gymnsialen
559 Oberstufen werden leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die ihr Abitur in 12 Jahren
560 absolvieren wollen, beim Überspringen der Jahrgangsstufe 11 besonders unterstützen.
561 Dafür werden spezielle fordernde und fördernde Lernangebote innerhalb jeder
562 Gymnasial- und Gesamtschulklasse als Regelangebot in den Jahrgängen ab 7 bis 10
563 eingerichtet (Binnendifferenzierung).
- 564 • zukünftig die ganztägige und kostenfreie pädagogische Betreuung von SchülerInnen für
565 alle Schulformen zu ermöglichen.
- 566 • eine weitreichende Ausstattung von Ganztagschulen, die eine pädagogische Einheit von
567 Unterricht und ergänzenden Bildungsangeboten leistet. Dabei muss auch eine
568 gemeinsame pädagogische Plattform mit Kooperationspartnern (Trägern der Freien
569 Jugendhilfe, Sportvereinen, sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen) für
570 Nachmittagsangebote sichergestellt werden.
- 571 • eine Öffnung der Schulen zur Arbeits- und Lebenswelt der Umgebung. Kooperation mit
572 Trägern der Jugendarbeit und Jugendverbänden sowie berufsorientierenden
573 Einrichtungen verbunden mit einer stärker projektorientierten Unterrichtsform sind hierzu
574 geeignet.
- 575 • eine materielle Absicherung von schulischer Ausbildung, um eine Konzentration auf
576 Bildung möglich zu machen.
- 577 • Es muss sichergestellt werden, dass Lehrkräfte sich kontinuierlich weiterbilden, eine
578 entsprechende Verpflichtung muss Bestandteil der Arbeitszeitregelungen von Lehrkräften
579 werden, dabei ist es unabdingbar, dass LehrerInnen aktuelle, konkrete Kenntnisse aus
580 eigener Erfahrung über die Art und Weise der Arbeitswelt besitzen. Neben der fachlichen
581 Weiterbildung ist auch der Erwerb sozialpädagogischer Kenntnisse notwendig.
- 582

582 **Antrag 3: Grenzen der Demokratie**

583 Neue Zeiten, Eine Welt

584 Antragsteller: Unterbezirksvorstand

585 Adressat: Bezirkskonferenz zur Weiterleitung an Bundeskongress, Unterbezirksparteitag zur
586 Weiterleitung an Bezirksparteitag

587

588 Bereits in der 13. Legislaturperiode hatte der Bundesrat und die Fraktion Bündnis 90/Die
589 Grünen Gesetzesentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes vorgelegt, die ein solches
590 Wahlrecht vorsah. Begründet wurden diese Vorschläge für eine Verfassungsänderung damit,
591 dass die dauerhaft ansässige ausländische Wohnbevölkerung in den Kommunen genauso
592 zu behandeln sei wie die deutsche.

593

594 In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen heißt es unter dem
595 Punkt IX, 7., S. 47/48: „Zur Förderung der Integration sollten auch die hier lebenden
596 Ausländerinnen und Ausländer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der
597 Europäischen Union besitzen, Wahlrecht in Kreisen und Gemeinden erhalten.“

598 Die nötige Verfassungsänderung bräuchte eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des
599 Deutschen Bundestages.

600

601 „Integration ist ein Anspruch und eine Anstrengung, zu der es keine Alternative gibt“ – dies
602 war die Quintessenz eines Memorandums der dritten Ausländerbeauftragten, Cornelia
603 Schmalz-Jacobsen. Doch Politiker und Politikerinnen taten kaum etwas, um
604 Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen und voranzutreiben. Das hat einen
605 einfachen Grund: Wenn man kein Einwanderungsland sein will, wenn man sich abschottet,
606 betreibt man auch keine Einwanderungspolitik und keine nachhaltige Integrationspolitik. Man
607 betreibt Ausländerpolitik.

608

609 Fakt ist jedoch, dass immer mehr Menschen durch dauerhafte Niederlassung trotz fremder
610 Staatsangehörigkeit zu Inländern und Inländerinnen geworden sind.

611

612 Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensentwürfen und Lebensstilen
613 nebeneinander existieren.

614 Eine deutsche Einheitskultur gibt es nicht, wie auch der Einheitsdeutsche oder die
615 Einheitsdeutsche eine Illusion ist. Genauso wenig gibt es den schematisierten Migranten
616 oder die typische Migrantin. Zusammenleben erfordert Kommunikation. Integration kann
617 daher nur ein Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln
618 des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen bedeuten. Dabei geht es nicht nur um mehr
619 Effizienz und die Reduzierung von Reibungsverlusten. Es geht um die gegenseitige Nutzung
620 von Chancen. Es geht auch darum, ein politisches Signal zu setzen und deutlich zu machen,
621 dass Integration von politischer Seite ein zentraler Stellenwert beigemessen wird.

622

623 Integration fördern heißt auch, die Teilhabe an politischen Willensbildungsprozessen zu
624 ermöglichen. In einer Demokratie dürfte es unstrittig sein: die gesellschaftliche Integration
625 bedarf politischer Mitwirkungsrechte. Wer politisch nicht die gleichen Rechte und Pflichten
626 hat, der steht außerhalb der staatlichen Gemeinschaft. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv
627 mitgestalten kann, wird Interesse und Identifikationen dafür entwickeln. Ausgrenzung und
628 Selbstaussgrenzung bedingen einander.

629

630 Mit der Zuerkennung der Staatsangehörigkeit entfallen alle rechtlichen
631 Gleichstellungsprobleme im Bereich der politischen Partizipation. Die Erleichterung von
632 Einbürgerung – auch unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft – ist somit auch
633 hinsichtlich der politischen Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen ein
634 entscheidender Schritt.

635

636 Aber auch Drittstaatsangehörigen mit dauerhaftem Aufenthalt müssen politische
637 Beteiligungsrechte gewährt werden. Die Niederlande und in Dänemark, die gute

638 Erfahrungen mit dem kommunalen Ausländerwahlrecht gemacht haben, können auch
639 Deutschland die Richtung zeigen.

640
641 Kurzum: Wir Jusos fordern ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige.

642
643 Begründung:

644 Dank der Vereinigten Staaten und den medienwirksamen Tücken bei der Präsidentschaftswahl im
645 Jahr 2000 sind Überlegungen zum Wahlsystem nicht länger mehr langweilig und öde. Die US-
646 amerikanischen Behörden schafften es - zugegeben unfreiwillig - ihre Bürgerinnen und Bürger für
647 dieses Thema zu begeistern und regten auch in der ganzen Welt Diskussionen an.

648
649 Das Wahlsystem kann zu recht den Nerv des Volks berühren. Der spanische Philosoph Gasset
650 formulierte es so:

651
652 *„Das Heil der Demokratien, von welchem Typus und Rang sie auch sein, hängt von einer*
653 *geringfügigen, technischen Einzelheit ab: vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär. ... Ohne diese*
654 *Stütze einer vertrauenswürdigen Abstimmung hängen die demokratischen Institutionen in der Luft.“*
655

656 Demokratische Institutionen sollten in einer möglichst breiten Basis der dort lebenden Menschen
657 verankert sein, alle Bürgerinnen und Bürger in die Politik einbezogen werden.

658
659 In der Bundesrepublik Deutschland lebten nach Angaben im Ausländerzentralregister Ende 1998
660 insgesamt 7,32 Mio. Migrantinnen und Migranten. Das entsprach einen Anteil von 8,9 % an der
661 Gesamtbevölkerung.

662
663 1,59 Mio. der Menschen die ohne deutschen Pass bei uns leben wurden in Deutschland geboren -
664 jeder fünfte „Ausländer“ oder jede fünfte „Ausländerin“ also, oder 21,7 %. Von der Altersgruppe der bis
665 18-jährigen sind es 1,11 Mio.

666
667 Ende 1997 lebten 30% aller Migrantinnen und Migranten schon 20 Jahre und länger in Deutschland,
668 40% hatten Aufenthaltszeiten von mehr als 15 Jahren und die Hälfte Aufenthaltszeiten von 10 Jahren
669 vorzuweisen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer
670 Familienangehörigen aus den ehemaligen Anwerbeländern ist sogar noch länger.

671
672 Die ausländische Wohnbevölkerung ist also schon aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer ein fester
673 Bestandteil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

674
675 Obwohl viele ausländischen Bürgerinnen und Bürger schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten ihren
676 festen Wohnsitz in Deutschland haben, bleiben sie vom Wahlrecht ausgeschlossen.

677
678 Eine Ausnahme bilden die EU-Ausländer und EU-Ausländerinnen. Mit einer Richtlinie hat der Rat der
679 Europäischen Union am 19. Dezember 1994 das aktive und passive **kommunale Wahlrecht** der
680 Unionsbürgerinnen und Unionsbürger bestimmt.

681
682 Nur jeder vierte Migrant, jede vierte Migrantin stammt jedoch aus einem Mitgliedstaat der
683 Europäischen Union, also 25,5 %.

684
685 Etwa 5,4 Mio. Bürgerinnen und Bürger sind also von den regulären Wahlen in der Bundesrepublik
686 Deutschland ganz ausgeschlossen.

687 Fragen der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der politischen Meinungs- und
688 Willensbildung in Deutschland werden schon seit vielen Jahren diskutiert – passiert ist dagegen
689 nichts.

690
691 Oder doch: das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 31. Oktober 1990 die
692 Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer, das in Schleswig-
693 Holstein verabschiedet worden war, für verfassungswidrig erklärt. Ein solches Wahlrecht, so hieß es,
694 sei nicht mit den Bestimmungen des Grundgesetzes vereinbar. Man verwies auf den Weg der
695 Einbürgerung, welche das allgemeine aktive und passive Wahlrecht verleiht. *„Weiter hat das*
696 *Bundesverfassungsgericht aber deutlich gemacht, das die seinerzeit im Bereich der Europäischen*
697 *Gemeinschaft erörterte Einführung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer und Ausländerinnen*
698 *nicht durch den Artikel 79 Abs. 3 GG ausgeschlossen wird.“* (So steht es im Bericht der Beauftragten

699 der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik
700 Deutschland, Februar 2000)

701
702 Im Jahre 1992 wurde zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Unionsbürger und
703 Unionsbürgerinnen der Grundgesetzartikel 28 Abs. 1 GG dahingehend ergänzt, dass auch
704 Unionsbürger und Unionsbürgerinnen wahlberechtigt und wählbar sind. Sie besitzen nun in
705 Deutschland unter den gleichen Bedingungen wie deutsche Staatsangehörige das aktive und passive
706 Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Hierzu gehört u. a. die Inhabung der Hauptwohnung in der
707 jeweiligen Gebietskörperschaft seit mindestens 3 Monaten vor dem Wahltag.

708
709 Die Umsetzung der Richtlinie liess die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht auch für
710 Drittstaatsangehörige wieder aufkommen, die mit der nicht nachvollziehbaren Ungleichbehandlung
711 begründet wird.

712
713 Die Politiker und Politikerinnen des Bundestages scheinen nun aber nicht ganz einig darüber zu sein,
714 welche rechtlichen Schlussfolgerungen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu
715 ziehen sind. In dem stenographischen Bericht zur 134. Sitzung des Deutschen Bundestags kann man
716 über die Debatte zu Tagesordnungspunkt 23, zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes
717 zur Demokratisierung des Wahlrechts, folgendes nachlesen:

718
719 Dr. Evelyn Kenzler, PDS: „(...) *Das Grundgesetz sagt nicht ausdrücklich, dass Aktivbürgerrechte den*
720 *Deutschen vorbehalten sind, auch wenn es in der Vergangenheit selbstverständlich war, dass das*
721 *Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft geknüpft wurde. Inzwischen wurde bekanntlich aufgrund des*
722 *Maastrichter Vertrages allen Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der EG auch in Deutschland*
723 *das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen verliehen, sofern sie hier wohnen. Art. 28*
724 *Abs. 1 des Grundgesetzes musste deshalb entsprechend geändert werden. Insofern haben wir bereits*
725 *einen **Wandel vom Staatsvolk zum Wohnvolk**. Da Ausländer aus anderen Staaten der EG ebenso*
726 *wenig Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind wie Angehörige von Staaten außerhalb der EG,*
727 *entfallen die früheren verfassungsrechtlichen Bedenken, falls die Ausländer ihren Wohnsitz in*
728 *Deutschland haben. (...)*“

729 Die Erwiderung von Harald Friese, SPD: „(...) *Kurz zu Ihren Vorschlägen: **Ausländerwahlrecht**. Sie*
730 *wissen ganz genau, dass es in diesem Haus dafür keine Zweidrittelmehrheit gibt. Das Problem des*
731 *Art. 79 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 20 des Grundgesetzes können Sie mit „Europa“ auch nicht*
732 *wegdiskutieren. Der Begriff des Staatsvolks zählt nämlich zu den unveränderlichen Begriffen und*
733 *Inhalten des Artikels 20 und ist somit einer Grundgesetzänderung entzogen. (...)*“

734
735 Cem Özdemir, (BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, ebenfalls zum Ausländerwahlrecht: „(...) *Ich rate Ihnen,*
736 *das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum kommunalen Wahlrecht nicht außer Acht zu lassen.*
737 *Man kann das Urteil unterschiedlich bewerten, aber es ist da. Das Risiko, dass man das*
738 *Verfassungsrecht verfassungswidrig gestaltet, ist meiner Fraktion zu groß, als dass wir diesen Weg*
739 *für einen gangbaren Weg hielten. (...) Lassen Sie uns lieber über das kommunale Wahlrecht reden.*
740 *Da gibt es wirklich ein Ärgernis, das meine Fraktion beseitigen möchte. Wir möchten das kommunale*
741 *Wahlrecht auch auf auch auf Drittstaatenausländer ausdehnen. (...) Sie wissen, dass die Umsetzung*
742 *bisher daran gescheitert ist, das wir keine verfassungsverändernde Mehrheit haben. Das ist aber eine*
743 *andere Sache, die Ihre und unsere Energie lohnt. (...)*“

744
745 Dr. Max Stadler, FDP: „(...) *Zum Ausländerwahlrecht hat Kollege Özdemir am Ende seiner*
746 *Ausführungen dann doch noch den richtigen Punkt gefunden. Ich war über seine Argumentation*
747 *zunächst ein wenig erschrocken; denn verfassungsrechtlich ist es uns nicht verboten, ein*
748 *Ausländerwahlrecht einzuführen. So deute ich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts*
749 *jedenfalls nicht.*

750
751 (Einwurf Cem Özdemir: „Auf Bundesebene wäre es sehr kritisch!“)

752
753 *Aber auch wir meinen, der erste Schritt wäre, das Wahlrecht auf kommunaler Ebene über EU-*
754 *Staatsangehörige hinaus auf Angehörige von Drittstaaten auszudehnen, immer geknüpft an eine*
755 *bestimmte Aufenthaltsdauer unter den gleichen Bedingungen wie deutsche Staatsangehörige in*
756 *Deutschland, etwa fünf Jahre. Damit sollte man beginnen; das hat wirklich eine Berechtigung. Später*
757 *kann man sich dann der Problematik auf Länder- und Bundesebene zuwenden, nicht schon jetzt. (...)*“